

Eine Reise mit Folgen

Dr. Sri Bintang Pamungkas, ehemaliges Mitglied der Parlamentsfraktion der islamischen PPP (*Partai Persatuan Pembangunan*) und führender Vertreter der Vereinigung islamischer Intellektueller (ICMI) sieht sich nach seiner Rückkehr von einer Deutschlandreise, die zeitgleich mit dem Besuch des indonesischen Staatspräsidenten Suharto in der BRD anlässlich der Hannover-Messe stattfand, scharfer Kritik und polizeilichen Untersuchungen ausgesetzt. Nachdem Sri Bintang zunächst nur als Zeuge über die anti-indonesischen Demonstrationen anlässlich des Suharto-Besuchs vorgeladen wurde, behandeln ihn die Behörden inzwischen als Beschuldigten, dem vorgeworfen wird, in seinen Vorträgen in Deutschland den Staat Indonesien desavouiert und dessen Präsidenten beleidigt zu haben. Besonders empört waren die indonesischen Gäste über die Vorfälle in Dresden, als die indonesische Fahne auf Halbmast gesetzt und ihr Bus durch eine Sitzblockade an der Weiterfahrt gehindert wurde.

Die offizielle indonesische Reaktion beschuldigte daraufhin Goenawan Mohamad (ehem. Herausgeber von TEMPO), Yeni Rosa Damayanti (Menschenrechtsaktivistin) sowie Sri Bintang als



Sri Bintang Pamungkas vor dem indonesischen Parlamentsgebäude

aus: FK v. 11.5.95, S. 16

Drahtzieher dieser Demonstrationen. Einziger Grund: sie befanden sich etwa gleichzeitig wie Suharto in der BRD.

Nachdem die Beschuldigungen gegen Goenawan und Yeni, die nachweislich nicht bei den Demonstrationen an-

wesend waren, nicht aufrechtzuerhalten waren, konzentrieren sich die Ermittlungen nun auf Sri Bintang. Da die Vorwürfe wegen Vorbereitung der Demonstrationen nicht zu substantiieren waren, versucht die Staatsanwaltschaft in Jakarta Sri Bintang nun nachzuweisen, er habe dem Ansehen Indonesiens geschadet und in seinen Vorträgen zur Revolution in Indonesien aufgerufen. Um ihre Vorwürfe beweisen zu können, wollte die Regierung auch eine Untersuchungskommission nach Deutschland entsenden. Der Visumsantrag ist jedoch nach Aussage der Bundesregierung von der Botschaft abgelehnt worden. Es wird aber angenommen, daß Angehörige von Polizei bzw. Geheimdienst über ein anderes EU-Land einreisen könnten. Über Sri Bintang wurde ein Ausreiseverbot verhängt.

Schon zu Beginn des Jahres hatte Sri Bintang, der schon häufige durch unverblümete Kritik aufgefallen war, den Unmut der Regierung auf sich gezogen, da er sich in einer Sitzung des Finanzausschusses des Parlaments einen scharfen Wortwechsel mit dem Finanzminister Marie Muhammad geliefert hatte. Seine eigene Partei beantragte daraufhin beim Parlamentspräsidenten den Ausschluß Sri Bintangs aus der "Volksvertretung".

vgl. AW 17.3.95, S.37; FK 11.5., S.12-22; 25.5.95, S.25; FK 8.6., S.12-17

Der Fall TEMPO

In dem Verfahren "TEMPO gegen die Republik Indonesien" mußte die indonesische Regierung eine schwere Schlappe hinnehmen. Das Verwaltungsgericht in Jakarta gab unter seinem Vorsitzenden Richter Benjamin Mangkudilaga der Klage des ehemaligen Chefredakteurs und Herausgebers der Wochenzeitschrift TEMPO, Goenawan Mohamad, statt und erklärte das Verbot des Nachrichtenmagazins im Juni 1994 für unrechtmäßig, da Informationsminister Harmoko, der zugleich Vorsitzender der staatstragenden GOLKAR-Partei ist, ungesetzlich und autoritär gehandelt habe, als er im vergangenen Sommer TEMPO die Lizenz entzog. (s. SOAI 3/94, S. 44)

Im einzelnen führte es aus, Harmoko habe zum einen

gegen das Pressegesetz von 1982 verstoßen, das ausdrücklich das Verbot von Zeitungen für nicht zulässig erklärt, und zum anderen habe er es versäumt, den Presserat einzuschalten, bevor er gegen TEMPO vorging. Der Informationsminister wurde dazu verurteilt, die Presselizenz wieder zu erteilen und die Kosten des Verfahrens zu tragen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, da der Informationsminister in Berufung ging und das Verfahren bis in die letzte Instanz verfolgen will. Solange wird es auch keine Neuauflage von TEMPO geben. Nichtsdestoweniger bedeutet dieses Urteil einen moralischen Sieg für die Opposition in Indonesien, die es zum ersten Mal unternommen hatte, einen derartigen Fall von Zensur juristisch anzufechten.

vgl. FEER 18.5.95

Der Fall Pakpahan

Der Vorsitzende der unabhängigen Gewerkschaft SBSI, Mughtar Pakpahan, wurde Mitte Mai überraschend aus seiner Haft entlassen. Er verbüßte eine vierjährige Gefängnisstrafe wegen angeblicher Anstiftung zu den Arbeiterunruhen in Medan, Sumatra, im April des vergangenen Jahres.

Pakpahan hatte gegen dieses Urteil der zweiten Instanz - in erster Instanz war er ebenfalls schuldig gesprochen worden und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden (s. SOAI 1/95, S. 51) - wiederum Berufung eingelegt. Er wurde jetzt bis zum Abschluß der Berufungsverhandlung vor dem Obersten Gerichtshof in Jakarta auf freien Fuß gesetzt.

vgl. FK 8.6.95

Der Fall Marsinah

Die indonesischen Behörden werden den Fall der Gewerkschaftsaktivistin Marsinah, die im März 1993 einem brutaleren Mord zum Opfer gefallen war, wieder aufrollen müssen, nachdem der Oberste Gerichtshof das Urteil gegen neun Verdächtige aufgehoben und neue Ermittlungen angeordnet hatte.

Die Verurteilten waren in der vorhergehenden Instanz zu Gefängnisstrafen zwischen sieben Monaten und 17 Jahren verurteilt worden. Während der Verhandlung hatten die Angeklagten ausgesagt, sie seien bei den Verhören durch die Polizei gefoltert worden (s. SOAI 3/93, S. 58 u. 2/94, S. 52).

vgl. FEER 18.5.95

Unabhängige Presse weiter unter Druck

Drei Mitglieder des unabhängigen Journalistenverbandes AJI (*Aliansi Journalis Independen*) wurden im März im Anschluß an eine Veranstaltung in Jakarta verhaftet. Den Journalisten Achmad Taufik, Danang und Liston Sirregar wird vorgeworfen, ohne die nach indonesischem Recht erforderliche Presselizenz (SIUPP) die Zeitschrift *Independen* herauszugeben. Dem ebenfalls anwesenden Generalsekretär Santoso gelang es, unerkannt zu entkommen und unterzutauchen. Aus seinem Versteck hat er den Sicherheitsbehörden angeboten, sich zu stellen, wenn die drei Kollegen freigelassen würden.

Die Zeitschrift *Independen* wurde im Sommer vergangenen Jahres als Reaktion auf die Verbote von *Tempo*, *Editor* und *DeTik* gegründet. Seitdem erscheint sie alle drei Wochen und erfreut sich wegen der "heißen" politischen Themen einer großen Beliebtheit. Unter anderem deckte sie die Beteiligungen des ehemaligen Vorsitzenden des Journalistenverbandes PWI und jetzigen Informationsministers Harmoko an Zeitungs- und elektronischen Medienunternehmen auf. (s. SOAI 1/95, S. 50)

Während der Verhöre der drei Verhafteten wurde ein

weiteres Charakteristikum des indonesischen Presserechts deutlich. Die drei Journalisten beanspruchten für sich das ihrem Berufsstand auch nach indonesischem Recht zustehende Zeugnisverweigerungsrecht auf Grund gesetzlicher Schweigepflicht. Die Behörden vertreten jedoch die Auffassung, daß sich nur Mitglieder des staatlich reglementierten Journalistenverbandes PWI als Journalisten bezeichnen und infolge dessen deren Rechte beanspruchen dürfen. Da es sich beim Journalismus um ein einheitliches Berufsbild handele, bestehe auch keine Notwendigkeit einen weiteren Berufsverband zu gründen.

Der Schlag gegen AJI und ihre Zeitschrift ist ein weiterer Beweis für die unnachgiebige Haltung der Regierung gegenüber einer unabhängigen und kritischen Presse. Einige Wochen zuvor war Tri Agus Susanto, Herausgeber der NRO-Zeitschrift *Kabar dari Pijar* aufgrund des kolonialen *Haatzai*-Paragrafen, wegen der Verbreitung von Haß und Beleidigungen gegen die Regierung inhaftiert worden.

vgl. AW 31.3., S.39, FK 13.4.95, FEER 6.4.1995

Regierung destabilisiert Opposition

Der Streit in der Nahdatul Ulama (NU) spitzt sich zu und fördert die Lähmung der größten islamischen Organisation Indonesiens. Begonnen hatte er Ende 1994, als sich der von der Regierung unterstützte Kandidat für das Amt des Vorsitzenden, der Unternehmer Abu Hassan aus Jambi (Südsumatra), nicht gegen den amtierenden Vorsitzenden Abdurrachman Wahid durchsetzen konnte. Abu Hassan und seine Unterstützer fochten danach die Wahlen an und verlangten vom Innenministerium die Einberufung eines außerordentlichen Nationalkongresses, um die Wahl zu wiederholen (s. SOAI 1/95, S. 51). Dieser Forderung ist der zuständige Staatssekretär Sutoyo NK bisher nicht nachgekommen. Auf der anderen Seite verweigerte er aber auch der gewählten Führung unter dem alten und neuen Vorsitzenden Abdurrachman Wahid die notwendige förmliche Anerkennung. In der Zuspitzung des Streits geht es um eine Äußerung Abdurrachmans in einer vertraulichen Sitzung, Abu Hassan habe Schmiergelder in Höhe von 18 Mrd. Rp. (ca. 14.000 DM) angenommen. Abu Hassan bestreitet diesen Vorwurf und hat Klage wegen Beleidigung eingereicht.

Zwar gibt sich Abdurrachman angesichts dieser Entwicklung gelassen. Jedoch wird sein Position innerhalb der NU geschwächt, so daß auch seine Stellung als Oppositionspolitiker unter diesem Rechtsstreit leidet. In der jüngsten Vergangenheit war er durch Kritik an der Vereinigung islamischer Intellektueller (ICMI) unter ihrem Vorsitzenden, dem Forschungs- und Technologieminister Habibie, hervorgetreten, der er vorwirft, der Sache des Islam in Indonesien zu schaden und ihn zu spalten. Die ICMI stellt einen Versuch der Suharto-Regierung dar, den Islam als politischen Faktor in Indonesien hoffähig zu machen und damit ein gewisses Gegengewicht zum Militär zu schaffen.

Von solchen Destabilisierungsversuchen ist auch die Demokratische Partei (PDI) unter ihrer Vorsitzenden Megawati Sukarnoputri betroffen, die sich ebenfalls seit der Jahreswende mit einer von Regierungskreisen verursachten Führungs- und Autoritätskrise herumschlagen muß. (s. SOAI 1/95, S. 50) Die Vorgänge in der PDI und der NU sind auch als "Vorbereitung" für die in zwei Jahren stattfindenden Parlamentswahlen zu betrachten. vgl. FK 8.6.95, S.34

Generalkonsul als Ermittler

Der indonesische Generalkonsul in Berlin hat sich selbstständig in die Ermittlung gegen den Oppositionspolitiker Sri Bintang Pamungkas, gegen den in Jakarta ein Ermittlungsverfahren läuft, eingeschaltet. Eine seiner ersten Maßnahmen bestand darin, Studierende aus Indonesien, die bei der Veranstaltung von Sri Bintang an der TU Berlin zugegen gewesen sein sollen, telephonisch über die Vorgänge an der TU auszufragen. Nach Protesten der Betroffenen lud er ca. 40 Studierende zu einem Gespräch ins Generalkonsulat ein. Zwölf folgten dieser "Einladung" zum Mittagessen. Den Gästen war der Zweck des Gesprächs vorher nicht mitgeteilt worden. Im Lauf des Gesprächs wurden sie aufgefordert, ein vor-

bereitetes Schriftstück zu unterzeichnen, in dem sie ihre Teilnahme an der Vortragsveranstaltung bestätigen und sich von den angeblichen beleidigenden Äußerungen Sri Bintangs distanzieren sollten. Als "Gegenleistung" wurde ihnen zugesichert, nicht in das Ermittlungsverfahren gegen Sri Bintang hineingezogen zu werden. Neun der anwesenden Studenten unterschrieben diese Erklärung. Aus Kreisen der Studierenden war zu erfahren, daß drei der Unterzeichner inzwischen nach Indonesien gebracht worden seien, um dort vor den Ermittlungsbehörden gegen Sri Bintang auszusagen.

vgl. FK 8.6.95, S.17

Weniger Parlamentssitze für Streitkräfte

Offenbar auf Betreiben von Präsident Suharto selbst, ist eine Verfassungsänderung in Vorbereitung, die die Verringerung der Mandate der Streitkräfte (ABRI) von derzeit 100 auf 75 im 500 Sitze zählenden Parlament zum Ziel hat. Staatsminister Moerdiono begründete dieses Vorhaben mit der "größeren Reife der indonesischen Wählerschaft" und der inzwischen erreichten "Festigkeit der Pancasila". Hohe Militärs reagierten gelassen auf die Ankündigung Moerdionos – ein Indiz dafür, daß ABRI durch diese Mandatsverringerung ihre Machtbasis nicht angetastet sieht, zumal in einem Parlament, in dem Beschlüsse nur im Konsens und per Akklamation getroffen werden, die Stimmenverhältnisse keine Rolle spie-

len. Die bedeutenden Entscheidungen fallen in der Bürokratie, in der ABRI nach wie vor fest verankert ist. Beobachter sehen in der geplanten Verfassungsänderung deshalb auch nur eine kosmetische Operation, ein demokratisches "face-lifting" ohne Einfluß auf die wirklichen Machtverhältnisse. Schwerere Folgen könnte ein Übergang vom bisher geltenden Verhältnis- zum Mehrheitswahlrecht haben, da letzteres die großen Parteien, das ist GOLKAR, bevorzugt. Nachdem Suharto sich mit der "Wahl" des Zivilisten, Informationsminister Harmoko, zum Vorsitzenden von GOLKAR durchsetzen konnte, sind die Einflußmöglichkeiten von ABRI auf diesen Machtfaktor zumindest eingeschränkt.

vgl. AW 12.5.95, S.40, FEER 18.5.95, FK 25.5.95, S.21